

Änderung des UStG § 2b Bedeutung, Auswirkungen, Umsetzungsszenarien



Kommunal- und Unternehmensberatung GmbH

Agenda

- 1. Ausgangsituation
- 2. Intention des Gesetzgebers
- 3. Herausforderungen für die Kommunen
- 4. Internes Projekt Inhalte und Vorgehensweise

Ausgangssituation

Das **Steueränderungsgesetz vom 05.11.2015** stellt einen umfassenden Wandel der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand dar:

- Juristische Personen des öffentlichen Rechts waren bisher nur im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art entsprechend § 1 Abs. 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 4 KStG umsatzsteuerpflichtig.
- Regelung ist komplett entfallen. In der neu formulierten Regelung des § 2b UStG ist der Verweis auf das Körperschaftsteuerrecht nicht mehr enthalten.
- Nach neuer Gesetzeslage sind nunmehr alle privatrechtlichen T\u00e4tigkeiten der Kommunen umsatzsteuerpflichtig, sofern kein f\u00fcr alle Unternehmen g\u00fcltiger Ausnahmetatbestand vorliegt.
- Darüber hinaus hat der Gesetzgeber auch die Frage der Umsatzsteuerbarkeit der Zusammenarbeit von juristischen Personen des öffentlichen Rechts und somit auch die interkommunale Kooperation neu geregelt.

Intention des Gesetzgebers

Die **Einführung des § 2b UStG** verändert den zuvor eingeschlagenen Weg hinsichtlich der Erreichung einer wettbewerbsneutralen Besteuerung grundlegend:

- Integration der Mehrwertsteuersystemrichtlinie und der darauf aufbauenden neueren BFH-Rechtsprechung in das deutsche Umsatzsteuerrecht.
- Versuch die Beistandsleistungen weitestgehend aus der Umsatzbesteuerung herauszunehmen.
- Aufgabe der bisher bestehenden Verzahnung von Umsatzsteuergesetz und dem körperschaftsteuerlichen Begriff des Betriebs gewerblicher Art in Bezug auf die Unternehmereigenschaft wurde faktisch aufgegeben.

Herausforderungen für die Kommunen

Welche Aufgabenstellungen sind nun zu bearbeiten, um nach dem Ablauf des Optionszeitraums den Anforderungen der Finanzverwaltung gerecht zu werden? Wie sind die mit der Änderung des § 2b UStG einhergehende Ausweitung des umsatzsteuerpflichtigen Unternehmensbegriffes in die Abläufe der Verwaltung zu integrieren?



Abgabe der Optionserklärung

- Erarbeitung einer detaillierten Übersicht über alle Vertrags- und Leistungsbeziehungen der Kommune
- Ableitung der umsatzsteuerlich relevanten Themen und steuerrechtliche Bewertung
- Anpassung der damit verbundenen Regelungen bzw. Überlegung zur Neuausgestaltung

EMPFEHLUNG: Implementierung eines internen Projekts

Internes Projekt - Ziele

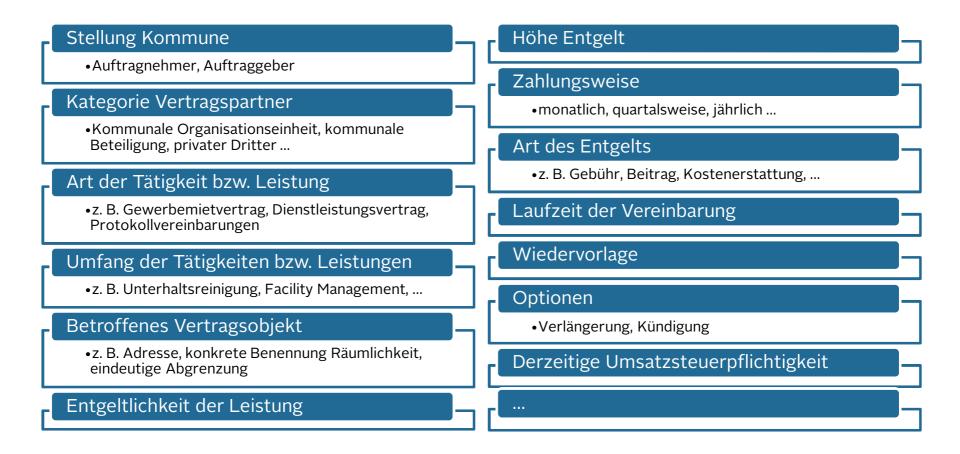
- Transparenz über die Vertrags- und Leistungsbeziehungen der Kommune gewinnen
- Lückenlose Dokumentation der umsatzsteuerrelevanten Sachverhalte und Sicherstellung des Nachweises gegenüber den Finanzbehörden
- Umsetzung der notwendigen Vertragsänderungen, Prozessanpassungen etc.

Internes Projekt - Vorgehen

- Erarbeitung eines Erhebungsdesigns und eine Mustervorgehensweise,
- Durchführung einer Pilotphase dabei Analyse (Verträge, Leistungen etc.),
 Auswertung und Bewertung der Ergebnisse,
- Konzipierung und Aufbau einer Vertragsdatenbank,
- Analyse (Verträge, Leistungen etc.), Aus- und Bewertung der Ergebnisse und Kategorisierung der Ergebnisse der Gesamtverwaltung,
- Erstellung und Festlegung der Umsetzungskategorien,
- Planung und Festlegung des zeitlichen Ablaufs für die Umsetzung für jede Kategorie,
- Anpassung von Verträgen, Prozessen etc.
- Dokumentation des gesamten Umsetzungsprozesse und Erstellung der relevanten Nachweisdokumente für die Finanzverwaltung

Internes Projekt - Erhebung

Entwicklung eines Erhebungsdesigns, z. B. Excel Tabelle mit folgenden Spalten:



Beispiel

- Finanzierung von Kindertagesstätten (freie Träger)
- Vermietungsleistungen:
 - Parkhaus neben dem Rathaus
 - Vermietung von Räumen im Bürgerhaus für Veranstaltungen der Nachbargemeinden
 - Vermietung von Geräten und Fahrzeugen zwischen den Gemeinden
 - Nutzung der Sporthalle durch Nachbargemeinden und Dritter außerhalb des Sportbetriebes gegen Kostenerstattung
- Zusammenarbeit mit anderen JPdöR (Personalgestellung)
- Kommune als Leistungsempfänger (Bauherr)

Internes Projekt - Erhebung

- Befragung der Organisationseinheiten der Kommune
 - Erstellung eines Interviewleitfaden
 - Interview der Leitungsebene bzw. Experten
- Zulieferung der Verträge, Vertragsdaten, Leistungsvereinbarungen
- Übernahme in das Erhebungsdesign
- Bestimmung des derzeitigen umsatzsteuerlichen Status

EMPFEHLUNG: Entwicklung einer Vertragsdatenbank zum dauerhaften Management der Verträge

Beispiel

Parkhaus neben dem Rathaus

- Kurzfristige Stellplatzvermietung für Besucher des Rathauses
- Stellplätze für Behördenfahrzeuge
- Stellplätze von Verwaltungsangestellten
- Sonstige Dauerstellplätze
- Stellplätze für Bedienstete und Besucher einer anderen JPdöR (Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen)
- Dienstleistungsvertrag Reinigung
- Dienstleistungsvertrag Bewachung

Internes Projekt - Vertragsdatenbank

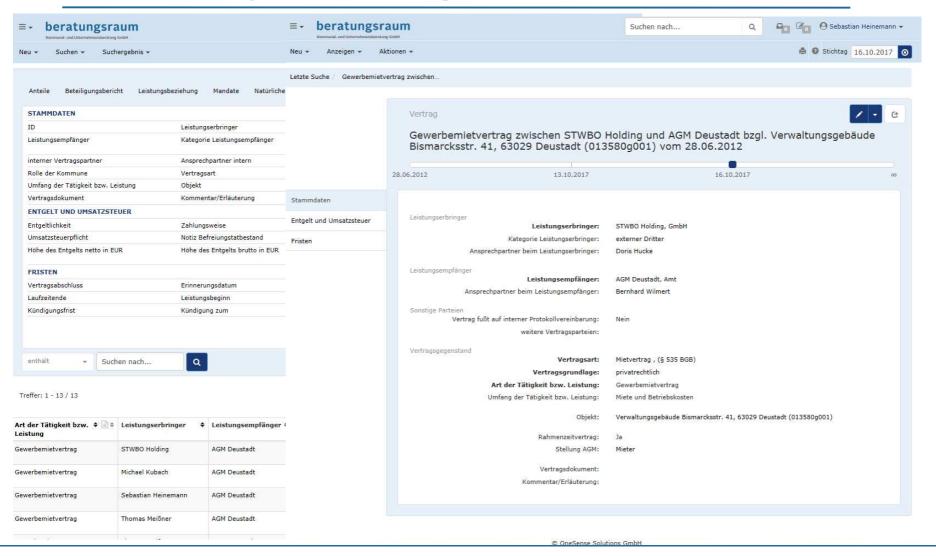
:Vorteile:

- Dauerhafte systematische Übersicht über alle Vertrags- und Leistungsbeziehungen
- Zentral verfügbar
- Nutzung automatischer Wiedervorlagen für Kündigung, (Neu)Ausschreibung,
 Vergabeverfahren
- Vermeidung von Doppelverträgen
- Prüfungsmöglichkeit zur Identifizierung von Synergien und Kostenvorteilen
- Übersicht und Dokumentation für die Aufstellung des Jahresabschlusses
- Möglichkeit der objektspezifischen oder kostenstellenspezifischen Auswertung

Aufbau:

- Grundlage ist das Erhebungsdesign
- Automatisierte Funktionen zur Wiedervorlage, Veränderungsinformationen, Workflows,
 Mailbenachrichtigung, etc.

Internes Projekt - Vertragsdatenbank



Internes Projekt - Bewertung und Kategorisierung

Bewertung

- Bestimmung der umsatzsteuerlichen Relevanz
- Steuerrechtliche Bewertung und Festlegung der Auswirkungen (z. B. Vertragsänderung,
 Zahlung der Umsatzsteuer, Vorsteuerabzug)

Kategorisierung

- Sammlung aller von Veränderungen oder Auswirkungen betroffener Sachverhalte
- Bildung von Umsetzungskategorien (z. B. Vertragsanpassungen)
- Erarbeitung der der Handlungsrahmen und -pfade für alle Umsetzungskategorien

Beispiel

- Umsatzsteuerpflichtig und Prüfung des Vorsteuerabzugs
 - Vermietung von Turnhallen an private Dritte
 - **.....**
- Vertragsanpassungen
 - Vermietung einer nicht benötigen Halle an einen Bauunternehmer
 - Beistandsleistungen (z. B. IT-Leistung)
 -
- Prozessänderungen
 -

Internes Projekt - Umsetzung

- Planung und Festlegung des zeitlichen Ablaufs für die Umsetzung für jede Kategorie
- Erarbeitung einer Roadmap zur Umsetzung inklusive Zeitplan
- Festlegung des Vorgehens zur Information und zur Beteiligung der betroffenen Mitarbeiter in der Umsetzungsphase
- Identifizierung von offen nicht lösbaren Sachverhalten

Ansprechpartner



Michael Kubach Geschäftsführer

Merkurhaus Petersstraße 50 D-04109 Leipzig

T + 49 (0) 341 355821 - 501 F + 49 (0) 341 355821 - 599 E m.kubach@beratungsraum.de